

Stadträte Richard Pitterle & Serdar Şevik

Haushaltsrede, es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, zu Beginn möchte ich auf die besondere Konstellation unserer Zählgemeinschaft eingehen. Wir sind zwei Gruppierungen: die Liste Vielfalt, die in sich bereits eine beeindruckende Vielfalt repräsentiert, und die LINKE Plus, die mehr ist als DIE LINKE. Anfangs haben wir überlegt, ob wir unsere Redezeit aufteilen sollten, doch inzwischen fühlen wir uns mehr als eine einfache Zählgemeinschaft. Trotz möglicherweise unterschiedlicher Sichtweisen auf die Weltpolitik haben wir in der Kommunalpolitik einen großen Konsens gefunden. Das macht es möglich, heute eine abgestimmte Haushaltsrede zu halten – ein starkes Zeichen für unsere Zusammenarbeit und gemeinsamen Gestaltungswillen.

Wir stehen heute vor der Herausforderung, den Doppelhaushalt 2025/2026 zu bewerten und zukunftsorientierte Entscheidungen zu treffen. Die Präsentation der Verwaltung hat uns einen umfassenden Überblick über die finanzielle Lage und die geplanten Maßnahmen gegeben. Ich möchte auf einige zentrale Punkte eingehen, die für unsere Kommune von entscheidender Bedeutung sind.

1. Unsichere Gewerbesteuerereinnahmen und Transformation der Automobilindustrie

Die Gewerbesteuer bleibt eine der wichtigsten Einnahmequellen unserer Stadt. Doch wir wissen nicht, ob diese weiterhin in gewohntem Umfang fließen wird. Dies hängt maßgeblich davon ab, ob die Automobilindustrie die notwendige Transformation hin zur Elektromobilität bewältigen kann. Hier sind wir als Kommune gefragt: Wir müssen die Rahmenbedingungen für E-Mobilität verbessern.

- Wir sollten verstärkt in den Ausbau von Lademöglichkeiten investieren, auch durch unsere Stadtwerke. Dabei dürfen wir nicht nach dem Motto „Das geht nicht“ handeln, sondern nach dem Prinzip „Nichts ist unmöglich“.

- Die geplanten 2 Millionen Euro für die E-Ladeinfrastruktur bis 2029 sind ein guter Anfang, aber wir sollten prüfen, ob wir diesen Betrag erhöhen können und ob wir in der Lage sind, dafür zu sorgen, dass es eine einheitliche Tarifstruktur gibt.

2. Investitionshaushalt: Zukunftsfähigkeit sichern

Das Problem für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sind nicht vermeintlich hohe Staatsschulden – diese sind im internationalen Vergleich gering –, sondern der Verfall öffentlichen Vermögens.

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, bringt es auf den Punkt:

„Die öffentlichen Nettoinvestitionen sind seit 20 Jahren negativ – der Staat lebt von seiner Substanz, zulasten künftiger Generationen.“

Deutschland hat sich zu lange von der irrigen Vorstellung leiten lassen, ein Staat müsse wirtschaften wie eine schwäbische Hausfrau. Doch eine schwäbische Hausfrau kümmert sich nicht um Straßen, Schulen oder die Heizung der Nachbarn. Diese Vernachlässigung zeigt sich auch in unserer Kommune.

3. Bildung und Betreuung als Priorität

Selbstverständlich begrüßen wir die geplanten Investitionen in Schulen und Kitas. Bildung ist unser wichtigster Rohstoff – das Wissen in den Köpfen unserer Kinder entscheidet über die Zukunft unseres Landes. Doch beim Ansammeln dieses Wissens müssen sich unsere Kinder wohlfühlen:

- Es darf nicht sein, dass sie sich vor den Toiletten ekeln oder Gefahr laufen, dass Fenster auf sie herabfallen – wie es an der Klostergartenschule passiert ist. Daher fordern wir eindringlich, dass die Sanierung dieser Schule nicht erst 2026 beginnt, sondern noch in diesem Jahr angegangen wird.

4. Sport- und Bäderinfrastruktur: Ein Ort für alle Generationen

Auch die geplanten Investitionen in unsere Bäderlandschaft begrüßen wir ausdrücklich:

- Nach dem Bürgerentscheid muss das Hallenbad schnellstmöglich saniert und je nach Ergebnis zum Familienbad ausgebaut werden.
- Gleichzeitig dürfen wir die Technik im Klosterbad und Maichingen nicht vernachlässigen – diese Sanierungen müssen parallel geplant werden.

5. Haushaltsstrukturkommission: Sparsamkeit und ihre Grenzen

Immer wenn es finanziell schwierig wird, ruft die Verwaltung und einige Fraktionen nach einer Haushaltsstrukturkommission. Doch lassen Sie mich ein Zitat von Carl Christian von Weizsäcker aus dem Jahr 2011 einfügen:

„Sparsam und fleißig zu sein, ist gewiss eine Tugend für den Einzelnen, über seine Verhältnisse zu leben und hohe Schulden zu machen, gewiss ein Laster. Aber es ist gefährlich, diese Tugendlehre auf ganze Staaten zu übertragen.“

Wir haben seit Jahren ein strukturelles Defizit von etwa 10 Millionen Euro. Die laufenden Einnahmen decken unsere Ausgaben nicht. Doch statt immer nur über Einsparungen zu sprechen, sollten wir uns auch fragen: Wie können wir die Einnahmeseite stärken?

Hat nicht vor kurzem ohne Not der Gemeinderat die Einnahmen aus der Grundsteuer gesenkt?

6. Pflichtaufgaben vs. freiwillige Aufgaben

Hinter jeder Ausgabe steckt eine Aufgabe – sei es im Bereich Bildung, Kultur oder Sport. Diejenigen, die fordern, dass wir Ausgaben senken sollen, müssen konkret benennen, welche Aufgaben sie nicht mehr erfüllt sehen wollen.

Pflichtaufgaben werden uns von Bund und Land auferlegt und sogar von der EU auferlegt – oft ohne ausreichende finanzielle Mittel für die Kommunen bereitzustellen.

Freiwillige Aufgaben hingegen machen unsere Kommune lebenswert: Kulturveranstaltungen und Sportangebote stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Diese dürfen nicht leichtfertig gekürzt werden.

7. Auswirkungen von Gebührenerhöhungen

Wenn wir Beiträge für Kitas oder andere Leistungen erhöhen, schmälern wir die Kaufkraft unserer Bürgerinnen und Bürger – jene Kaufkraft, die unser Einzelhandel und unsere Gastronomie dringend benötigen. Hier müssen wir eine Balance finden zwischen finanzieller Konsolidierung und sozialer Gerechtigkeit.

8. Bürokratieabbau und Steuerreformen

Alle Parteien versprechen im Wahlkampf Bürokratie abzubauen, aber wo bleiben die Ergebnisse? Wir wollen gerne wissen, welche Vorschriften gemeint sind, die abgeschafft oder nicht angewendet werden sollten. Könnten wir zum Beispiel die Genehmigung für Infostände abschaffen? Wäre nicht eine Anmeldung ausreichend, wie bei Versammlungen?

Wenn von Bürokratieabbau gesprochen wird, sollten wir uns fragen: Welche Steuern verursachen hohen Verwaltungsaufwand bei geringen Einnahmen?

Die Hundesteuer bringt kaum Einnahmen – sollten wir sie nicht abschaffen oder zumindest auf Kampfhunde beschränken?

Die geplante Erhöhung der Einnahmen aus der Vergnügungssteuer wirft Fragen auf: Wie viele zusätzliche Einnahmen erwartet die Verwaltung tatsächlich, wenn gegenüber dem Ansatz 2023 von 750.000 € auf 2 Millionen ausgeht? Und wie viele neue „Freudenhäuser“ hat sie dabei eingeplant?

9. Digitalisierung als Chance nutzen

Die Digitalisierung unserer Schulen sowie der Verwaltung muss konsequent vorangetrieben werden. Die geplanten Mittel hierfür sind ein Schritt in die richtige Richtung.

10. Sozialer Wohnungsbau

Wir können uns nicht damit abfinden, dass der Stadt gehörende Wohnbaugesellschaft das Bauen in der Pfarrwiesenallee eingestellt hat und für den sozialen Wohnungsbau keine Mittel in den Haushalt eingestellt sind.

Fazit:

Der vorgelegte Haushalt zeigt ambitionierte Investitionen bei gleichzeitiger Haushaltsdisziplin ohne neue Schuldenaufnahme bis 2029.

Wir stimmen dem Stellenplan ausdrücklich zu, weil uns die Begründungen für die Entfristung und Neueinstellungen überzeugen.

Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen – für eine sozial gerechte, wirtschaftlich starke und zukunftsfähige Kommune.

Zu unseren Anträgen:

- 1) Wir unterstützen den fraktionsübergreifenden Antrag die Zuschüsse der IG Kultur um 13.000 € zu erhöhen.
- 2) Wir wollen den Deckel bei der Sportförderung von 14.500 € auf 20.000 € anheben
- 3) Wir wollen die Sanierung der Klostergartenschule, insbesondere den Austausch der Fenster, auf das Jahr 2025 vorziehen.

Begründungen für unsere Anträge:

1. Erhöhung der Zuschüsse für die IG Kultur

Die Kultur ist ein zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt. Sie fördert den Zusammenhalt, schafft Begegnungsräume und bereichert die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger. Die IG Kultur leistet hier einen unverzichtbaren Beitrag, insbesondere durch ihre vielfältigen Projekte und Veranstaltungen.

- Angesichts steigender Kosten in allen Bereichen – von Energie bis hin zu Personal – ist es notwendig, die Zuschüsse zu erhöhen, damit die IG Kultur weiterhin ihre wichtige Arbeit leisten kann.
- Die geplante Erhöhung der Mittel ist nicht nur eine Investition in die Kultur, sondern auch in den sozialen Zusammenhalt und die Attraktivität unserer Stadt.

2. Anhebung des Deckels bei der Sportförderung von 14.500 € auf 20.000 €

Sportvereine sind essenziell für die körperliche und soziale Entwicklung aller Altersgruppen. Sie fördern Gesundheit, Integration und Gemeinschaft – Werte, die in einer modernen Gesellschaft unverzichtbar sind.

- Die bisherige Deckelung von 14.500 € wird den steigenden Anforderungen und Kosten der Vereine nicht mehr gerecht.
- Mit der Anhebung auf 20.000 € schaffen wir eine angemessene Unterstützung für unsere Sportvereine, damit sie ihre Angebote

aufrechterhalten und ausbauen können. Dies ist eine direkte Investition in die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger.

3. Vorziehen der Sanierung der Klostergartenschule auf 2025

Die Klostergartenschule ist ein wichtiges Bildungszentrum unserer Stadt, doch ihr Zustand ist besorgniserregend. Besonders die Fenster stellen eine Gefahr dar, wie Vorfälle gezeigt haben.